

Mainz, 15. September 2008

An die Vorstände der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
im Landesbezirk Rheinland-Pfalz und Hessen
im Bezirk Rhein-Nahe-Hunsrück und Wiesbaden
und an den ver.di-Arbeitskreis der Betriebs- und
Personalräte im Konzern der Stadt Mainz sowie an
den Betriebsrat der Stadtwerke Mainz und den Be-
triebsrat der ESWE Versorgungs AG Wiesbaden

Offener Brief von ver.di-Mitgliedern und anderen Gewerkschafter/innen an die ver.di-Vertretungen zur Kohlekraftwerks-Debatte in Mainz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Debatte um den Bau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue in Mainz bewegt wie kaum ein anderes Thema die Gemüter der Menschen in der Region Mainz/Wiesbaden. Leider sprechen sich Vertreter von ver.di weiterhin öffentlich für den Bau dieses ökologisch wie ökonomisch unsinnigen Kraftwerks aus. Wir, als Mitglieder von ver.di, fühlen uns in dieser Frage leider nicht von unserer Gewerkschaft vertreten.

Wie über 60.000 Einwendungen eindrucksvoll belegt haben, stellt sich eine klare Mehrheit der Mainzerinnen und Mainzer sowie der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener gegen den Bau einer solchen Dreckschleuder. Laut Meinungsumfragen lehnen über 80 Prozent der Einwohner in der Region das geplante Kohlekraftwerk ab.

Die Kraftwerksgegnerinnen und -gegner treibt vor allem die Sorge um die Auswirkungen des Kraftwerks auf das Klima sowie auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Mainz und Wiesbaden um. Mittlerweile hat sich auch eine Mehrheit der Mitglieder beider Stadtparlamente von diesen Bedenken überzeugen lassen und vertritt nun mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Kohlekraftwerk die Mehrheit der Mainzer und Wiesbadener Bevölkerung.

Die zahlreichen Kritikerinnen und Kritiker des Kraftwerksbaus unter den ver.di-Mitgliedern wurden allerdings unzureichend in den internen Meinungsbildungsprozess eingebunden. Dabei gibt es gerade aus gewerkschaftlicher Sicht eine Vielzahl von Argumenten, die gegen das Kraftwerk sprechen.

Als Mitglieder der Gewerkschaft sind uns die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Kolleginnen und Kolleginnen ein ernstes Anliegen. Es muss uns allen ein verbindendes Ziel sein, dass es nicht zu einer Gefährdung von Stellen im Bereich der kommunalen Unternehmen der Stadtwerke und der KMW kommen wird. Wir wollen aber auch nicht, dass unter dem Missbrauch des Argumentes der Sicherung von Arbeitsplätzen eine Politik betrieben wird, die das genaue Gegenteil erreicht und auf einen breiten Widerstand in der Bevölkerung stößt. Diese Haltung von ver.di beschädigt das Ansehen und die Akzeptanz unserer Gewerkschaft in der Bevölkerung der Region.

Wir wollen nicht, dass es innerhalb der Gewerkschaft zu diffamierenden Äußerungen kommt, dass kritischen Positionen zum Kraftwerk mit dem Argument begegnet wird, man sei damit gegen sichere Arbeitsplätze. Stattdessen wollen wir die Argumentation pro und contra des Kraftwerksbaus oder des Ausbaus erneuerbarer Energien einer kritischen Analyse unterziehen, und auch aufzeigen, dass viele Argumente, die scheinbar für einen Kraftwerksbau sprechen, bei genauem Hinsehen als äußerst fragwürdig zu bezeichnen sind.

1. Kohlekraftwerk wirtschaftlich?

Natürlich ist uns die Sicherheit der Arbeitsplätze in Mainz sehr wichtig. Doch schafft ein Kohlekraftwerk wirklich Arbeitsplätze? Renommierete Wirtschaftswissenschaftler der Universitäten Mainz und Darmstadt sowie der FH Wiesbaden sehen dies anders. Ihrer Meinung nach sichert das geplante Kohlekraftwerk nicht die Zukunft der KMW, sondern bedeutet – im Gegenteil – eine massive Gefährdung des Unternehmens und der dortigen Arbeitsplätze. Besonders durch den EU-weiten Handel mit Emissionsrechten wird Kohlestrom zunehmend unrentabel. Spätestens mit der Versteigerung der CO₂-Zertifikate wird das emissionsreiche Kohlekraftwerk gegenüber anderen Kraftwerksarten (z.B. Gas- und Dampfkraftwerken) deutlich im Nachteil sein.

Meist werden von den Kraftwerksbefürworterinnen und -befürwortern die niedrigen Kohlepreise angeführt. Ganz abgesehen davon, dass auch der Kohlepreis in den vergangenen Jahren enorm gestiegen ist, bleibt die Frage, wie die im Vergleich zu Gas noch niedrigeren Preise erkaufte werden. In Kohleförderländern wie China müssen Arbeiterinnen und Arbeiter unter unzumutbaren Bedingungen unter Tage schuften. Oft kommt es in den Gruben der Billigkohle-Exportländer zu schrecklichen Unglücken mit Hunderten von Toten. Gerade als Gewerkschafter/innen kann uns das Schicksal dieser Kumpel nicht gleichgültig sein. Wie die jahrhundertelange Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, ist die Solidarität untereinander – auch weltweit – eine wesentliche Errungenschaft und notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen. Wer sich für Billigkohle als Energieträger ausspricht, muss auch die Verantwortung für diese Arbeiterinnen und Arbeiter aus Chiapas, China oder Südafrika tragen.

Für den Energieträger Steinkohle sind in Zukunft beträchtliche Kostensteigerungen zu erwarten. Im Zuge der zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe folgt der Kohlepreis dem Öl- und Gasmarkt und verzeichnet immer größere Steigerungen – nahezu eine Verdoppelung in den letzten beiden Jahren. Durch die steigende Nachfrage nach Kohle weltweit dürfte sich dieser Trend noch verstärken. Auch der aufwändige Transport der Kohle über die Weltmeere bis nach Mainz wird sich durch die hohen Energiepreise weiter verteuern.

2. Regenerative Energien unwirtschaftlich?

Sowohl die globale Klimaerwärmung, als auch die zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe zwingen die Menschen weltweit zum Umdenken. Deutschland war eines der ersten Länder, die verstärkt auf die Entwicklung regenerativer Energien setzten, und hat sich damit eine Spitzenposition in diesem Sektor erarbeitet. Dadurch konnten zehntausende neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Diesen Wettbewerbsvorteil gilt es zu erhalten. Selbst aus Staaten wie China und den USA, die das Thema Klimaschutz nur zögerlich aufgreifen, kommen verstärkt Anfragen nach regenerativen Energieanlagen. Besonders angesichts der steigenden

Preise für fossile Energieträger steht die Rentabilität von Anlagen regenerativer Energiegewinnung mittlerweile außer Frage.

Auch in Deutschland wird gerade auf der Ebene von Landkreisen und Städten an Konzepten alternativer Energiegewinnung gearbeitet. So will etwa der bayrische Landkreis Traunstein bis 2020 seinen Energiebedarf zu 100 Prozent regenerativ decken. Mainz könnte mit einem zukunftsweisenden Konzept zum Modell für andere Städte werden.

Früher oder später müssen alle Kommunen auf einen komplett regenerativen Betrieb umstellen. Mit einem Kohlekraftwerksbau würde hier jedoch über Jahrzehnte auf einen Irrweg gesetzt anstatt Mainz zukunftsfähig aufzustellen – und das alles zu Lasten von Klima, Umwelt und der Gesundheit der Menschen vor Ort.

Diese erdrückenden Kritikpunkte zum Bau des Kohlekraftwerks müssen auch bei der Haltung von ver.di in der Kraftwerksfrage aufgegriffen werden. Wir ver.di-Mitglieder und Gewerkschafter/innen fordern daher Euch als ver.di-Vertreterinnen und -Vertreter dazu auf, endlich auch die kritischen Stimmen gegen das Kohlekraftwerk bei der internen Meinungsbildung einzubeziehen und diese auch nach außen zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Tabea Rößner, Mainz (ver.di)	Gabriela Schuchalter-Eicke, Wiesbaden (ver.di)
Ulrich Brandenburger, Mainz (ver.di)	Monique Menzel, Bad Ems (ver.di)
Irena Anna Fleischer, Wiesbaden (ver.di)	Diana Siebert, Köln (ver.di)
Dagmar Wepprich-Lohse, Budenheim (ver.di)	Johannes Contag (IG Metall)
Edwin Mirandolle, Wiesbaden (ver.di)	Martin Schmidt, Chemnitz (ver.di)
Felix Schmitt, Mainz (ver.di)	Sabine Schmidt, Berlin (ver.di)
Wolfgang Conzendorf, Seifen (ver.di)	Dietrich Dasenbrook, Vordorf (ver.di)
Ute Springstubbe, Essenheim (ver.di)	Angela Platsch, Coburg (ver.di)
Jochen Hinkelmann, Alzey (ver.di)	Ingo Ruther, Wiesbaden (ver.di)
Irina Wittmer, Mainz (ver.di)	Franz Beiwinkel, Heppenheim (ver.di)
Peter Silbereisen, Wiesbaden (ver.di)	Andreas Braun, Stuttgart (ver.di)
Ronald Maltha, Mayen-Koblenz (dbb)	Daniela Wente, Göppingen (ver.di)
Ulrike Höfken, Bitburg, (IG BAU)	Johannes Bartelt, Osnabrück (ver.di)
Christian Viering, Mainz (IG BCE)	Harald Klier, Potsdam (ver.di)
Bettina Andreska, Wiesbaden (ver.di)	Andreas König, Wiesbaden (ver.di)
Ralf Kronig, Walldorf/BW (IG Metall)	Norbert Bömer, Mühlheim/Ruhr (IG Metall)
Hiltrud Kirsch, Mainz (ver.di)	Alexander Müller, Mannheim (ver.di)
Wilfried Weisbrod, Walldorf (ver.di)	Thomas Schremmer, Hannover (ver.di)
Michael Nikolay, Wiesbaden (ver.di)	Dieter Netter, Ludwigshafen (ver.di)

